Gemeinsames Antwortschreiben auf den offenen Brief von Pulse of Europe Essen

Sehr geehrtes Organisationsteam, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Pulse of Europe Essen,

vielen Dank für Ihren Brief vom 25. Mai 2017. Wir, die Abgeordneten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands aus Essen, freuen uns über Ihre Anfrage und beziehen gerne gemeinsam Stellung zu Ihren Fragen.

Im ersten Teil Ihres Briefes gehen Sie auf die Herausforderungen ein, die uns, als Europäerinnen und Europäer, bevorstehen. Auf drei möchten wir im Folgenden näher eingehen.

<u>Eine gemeinsame Vision für Europa entwickeln- Nationalismus und Populismus entgegentreten</u>

Die derzeit größte Gefahr für den Erhalt der europäischen Zusammenarbeit wie wir sie kennen geht von nationalistischen und populistischen Tendenzen aus. Wir müssen aufdecken, dass vermeintlich einfache Lösungen der Europafeinde nicht funktionieren und einen gesellschaftlichen Schritt zurück bedeuten. Ein „Wir zuerst" führt immer zu Trennungen in einer Gesellschaft. Für eine gemeinsame europäische Zukunft, müssen wir aber auf gemeinsame Lösungen und Solidarität bauen können. Populisten, ob rechts oder links, müssen wir funktionierende Konzepte entgegensetzen. Vertrauen in die Kompetenz und das Handeln demokratisch gewählter Repräsentantinnen und Repräsentanten spielen eine wichtige Rolle.

Die Wahlen der vergangenen Monate in Europa haben aber auch gezeigt, dass die Mehrheit der Menschen bereit ist, eine europäische Zukunft mitzutragen. Heute mehr als je zuvor müssen wir eine zukunftsfähige gemeinsame Vision mit klaren Zielen finden, die die Menschen überzeugt und die von den Menschen in Europa mitgetragen wird.

Das bedeutet auch, dass wir die fortschreitende Globalisierung in geregelte Bahnen lenken müssen. Viele Menschen werden von internationaler politischer und wirtschaftlicher Zusammenarbeit abgehängt, sehen ihre Arbeitsplätze gefährdet oder ihre Rechte beschränkt. Viele dieser Menschen werden dadurch anfällig für rechtspopulistische Parolen, die ihnen Fortschritt durch Rückkehr in alte Zeiten und geschlossene Grenzen vorgaukeln. Die Vorteile der Globalisierung und von Freihandel müssen bei den Menschen ankommen. Das macht Regulierungsmechanismen nötig, die zu fairen Handels- und Kooperationsverhältnissen führen.

Wir stehen für eine offene Gesellschaft, die Grundrechte für alle Menschen anerkennt. Martin Schulz hat sich auf europäischer Ebene bereits als entschiedener Gegner nationalistischer Gruppen profiliert. Im Europäischen Parlament stehen wir als

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in ständiger Auseinandersetzung mit rechten Parteien. Auch innerhalb der Bundesrepublik gilt es, argumentativ die vermeintlichen Lösungen von populistischen und rechtsradikalen Gruppen und Parteien zu entlarven und die europäischen Werte aufrecht zu erhalten.

Den Brexit meistern

Es gibt viele gute Gründe, Mitglied der EU zu sein: Wohlstand, Freiheit, internationale Kooperation bei der Lösung globaler Herausforderungen, wie Umwelt- und Klimaschutz, soziale Gerechtigkeit, zum Beispiel bei Unternehmensbesteuerung, und nicht zuletzt die Wahrung des Friedens in Europa sind einige davon. In dem Punkt dürften wir uns einig sein, da wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Ansichten von Pulse of Europe zu den Vorteilen der EU teilen. Die Mehrheit der Menschen in Großbritannien hat sich allerdings nach einer Kampagne von beispielsloser Verantwortungslosigkeit und voller Irreführung der britischen Öffentlichkeit dafür entschieden, aus der Europäischen Union auszutreten.

Dieser Austritt wird dennoch besonders für Britinnen und Briten weitreichende Folgen haben. Verträge und Kooperationen müssen rückabgewickelt werden. Mit dem starken Wertverlust des Pfunds und zurückgestellter Investitionen sind bereits jetzt, lange vor dem tatsächlichen Austritt, Konsequenzen spürbar. Die Parlamentswahl am 08. Juni in Großbritannien hat gezeigt, dass Theresa May und die Tories viel Zustimmung verloren haben. Damit fehlt der Premierministerin die Unterstützung für eine gestärkte Verhandlungsposition mit den restlichen EU-Staaten. Für die verbleibenden EU-27 wird es dennoch auch ökonomische Probleme geben.

Für uns stellt sich die Herausforderung, die wirtschaftlichen Folgen für die Menschen in der EU abzufedern und rationale Lösungen zu finden. Gleichzeitig muss sich in den Verhandlungsergebnissen auch widerspiegeln, dass die Vorzüge der Europäischen Union von den verbleibenden Mitgliedsstaaten getragen und finanziert werden und nicht umsonst zu haben sind. Die Tür für eine Rückkehr bleibt für Großbritannien offen. Es wird allerdings keine Sonderbehandlung für mehr geben. Wer geht, kann nicht auch noch mit Vorteilen belohnt werden. Und deshalb wird Großbritannien für seinen weiteren Zugang zum Binnenmarkt zahlen müssen- wie beispielsweise Norwegen das auch tut. Und das heißt: Sie zahlen am Ende des Tages möglicherweise mehr in den EU-Haushalt ein, als sie heute tun.

Für uns bietet der Brexit die Chance, Europa zu verbessern und als EU gestärkt aus den Verhandlungen zu gehen. Denn das Votum hat eine gesellschaftliche Diskussion über die Zukunft der EU beflügelt und sie in den medialen Vordergrund gerückt.

Einhaltung Europäischer Werte durchsetzen

Demokratie, Grundrechte und Rechtstaatlichkeit sind das Fundament unserer europäischen Wertegemeinschaft. Die Einhaltung der europäischen Werte in einem Land steht aber in erster Linie während des Beitrittsverfahrens zur Europäischen Union auf dem Prüfstand. Nach dem Beitritt stehen dem EUGH nach Artikel 7 des Vertrags von Lissabon rechtliche Schritte, wie Stimmrechtsentzug und Sanktionen bis hin zur Suspendierung der EU-Mitgliedschaft, zur Verfügung. Das Parlament kann durch Anhörungen und Aussprachen handeln, um europäische Werte in den Mitgliedsstaaten

zu schützen. Die Entwicklungen in Polen und Ungarn zeigen aber deutlich, dass hier auch darüber hinaus Handlungsbedarf besteht und die Umsetzung europäischer Werte konsequenter durchgesetzt wird. Es geht darum, dass alle Mitgliedsstaaten weiterhin geschlossen zu der Wertegemeinschaft aller EU-Staaten stehen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten setzen uns daher seit langem dafür ein, dass die Einhaltung europäischer Werte kontinuierlich auch nach der Aufnahme in die EU anhand objektiver Kriterien geprüft wird. Denn wir teilen Ihre Forderung, die europäischen Werte zu schützen und aufrecht zu erhalten. Wir haben daher gemeinsam mit weiteren Fraktionen - gegen konservativen Widerstand - durchgesetzt, dass der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres im Europäischen Parlament einen Pakt für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte erarbeitet. Der Pakt sieht vor, jährlich anhand objektiver Kriterien einen Bericht zur Situation der Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in jedem Mitgliedstaat zu veröffentlichen, und zwar mit konkreten länderspezifischen Empfehlungen. Ein unabhängiges Expertengremium beurteilt die Lage anhand von Indikatoren – unter anderem Gewaltenteilung, Meinungs- und Pressefreiheit und dem Recht der aktiven und passiven demokratischen Teilhabe. Bei Problemen in Mitgliedstaaten soll eine automatische Reaktion der EU-Institutionen ausgelöst werden. Jetzt ist die Europäische Kommission am Zug, unseren Vorschlag aufzugreifen und einen Gesetzgebungsvorschlag vorzulegen.

In der zweiten Frage geht es um die Erklärung von Rom. Diese Erklärung beinhaltet eine Reihe von Forderungen, ohne konkrete Maßnahmen zu nennen. Von schönen, aber am Ende für das Handeln der Mitgliedsstaaten folgenlosen Erklärungen haben wir mehr als genug. Wir haben konkrete Ideen, wie diesen Forderungen auch praktisch umgesetzt werden können.

Soziales Europa

Ein soziales Europa ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein Kernanliegen. Daher kämpfen wir seit Jahren dafür, dass Europa eine soziale Dimension entwickelt, die diesen Namen auch verdient. In einigen Bereichen kommen wir gleichwohl voran. Ein gutes und aktuelles Beispiel ist die Jugendbeschäftigungsinitiative. Durch diese Initiative profitieren neun Millionen Jugendliche in Europa von EU-subventionierten Praktika, Weiter- und Ausbildungsangeboten. Die ersten Bewertungen zeigen den Erfolg des Programms. Dennoch haben wir noch viele Ziele vor uns. Denn um den 23-Jährigen, der nach hunderten Bewerbungen desillusioniert von der Arbeitswelt ist- noch bevor er seinen ersten richtigen Job hat, die alleinerziehende Mutter, die nicht weiß, wie sie Kind und Arbeit unter einen Hut bringen soll und den Praktikanten, der unbezahlt im Unternehmen arbeitet und am Ende sogar noch Überstunden schiebt, müssen wir uns noch mehr kümmern.

Die Europäische Kommission hat im vergangenen Jahr eine „Europäische Säule der Sozialen Rechte“ vorgestellt. Leider bleibt der Entwurf hinter unseren Erwartungen

zurück. Die von der Kommission vorgestellten 20 unverbindlichen Grundsätze sind vor allem eine Zusammenfassung bereits bestehender EU-Sozialgesetzgebung. Neue Gesetze, die das Leben der Menschen in Europa verbessern würden, sind kaum enthalten.

Nach der Ankündigung der Kommission, die Europäische Säule Sozialer Rechte vorzulegen, hatte das Europaparlament mit großer Mehrheit ambitionierte Erwartungen daran formuliert. Dabei konnte sich die sozialdemokratische Fraktion mit einer Reihe von Vorschlägen für ein soziales Europa durchsetzen. Unter anderem wurde die Forderung nach einer EU Richtlinie zu gerechten Arbeitsbedingungen für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Bericht aufgenommen. Dabei ging es auch um neue, prekäre und digitale Beschäftigungsverhältnisse. Zudem war aufgrund unserer Arbeit ein Verbot von Null-Stunden-Verträgen enthalten, sowie eine Grundsicherung für alle Kinder, die in Armut leben, damit sie kostenlosen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung bekommen. Außerdem wollte das Parlament die Sozialpolitik im Europäischen Semester verankert sehen. Die Europäische Säule Sozialer Rechte sollte für alle EU-Mitgliedstaaten gelten und einen konkreten Fahrplan für die Umsetzung enthalten

Wir sind sicher: Wenn diese Vorschläge Gesetzeskraft erlangen würden, wären Menschen grundlegende Arbeitsrechte und sozialer Schutz garantiert.

Abgesehen von einem Gesetzesvorschlag im Bereich Work-Life-Balance greift der Entwurf der Kommission keinen unserer Vorschläge in ernsthafter Weise auf. Die Kommission hat leider die Chance nicht genutzt, Europa sozialer zu gestalten und verlorengegangenes Vertrauen in die EU zurückzugewinnen.

Sicheres Europa

Mehr als zwei Drittel der EU-Bürgerinnen und Bürger befürworten laut einer Eurobarometer-Umfrage vom März 2017 eine aktivere Rolle der EU im Bereich Sicherheit und Verteidigung. Die EU-Mitgliedsstaaten haben Ende letzten Jahres beschlossen, in diesem Bereich enger zusammenzuarbeiten. Seit dem Brexit-Votum ist auch der Widerstand der Briten auf europäischer Ebene gegen eine solche Zusammenarbeit erloschen. Mit Donald Trump als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika steht außerdem eine Debatte über die EU-NATO-Beziehungen im Raum. All das bietet Chancen, die gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu überdenken und neu zu gestalten.

Wir treten für eine stärkere Kooperation und Koordination mit der NATO bei gleichzeitiger Fähigkeit der Europäischen Union, auch autonom zu handeln, ein. Eine Finanzierung aus dem EU-Haushalt ohne eine Erhöhung des Gesamthaushalts durch die Mitgliedsstaaten lehnt die Europa-SPD aber ab. Denn das würde Kürzungen in anderen Bereichen, wie zum Beispiel der Forschung bedeuten. Einige Stimmen fordern die Erhöhung nationaler Wehretats. Für uns SPD-Abgeordnete ist ein anderes Argument entscheidend: Die Kosteneinsparungen durch bessere Integration der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik belaufen sich auf mindestens 26 Milliarden Euro, so eine Schätzung des Wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments. Dabei geht es um sogenanntes Pooling und Sharing, also

das Teilen von Ausrüstung, Einheiten und Infrastruktur zwischen den Mitgliedsstaaten. Vermieden werden sollen doppelte Anschaffungen und kostspielige, weil zersplitterte Militärdienste. Die Ausrüstung sollte innerhalb der EU von möglichst vielen Verteidigungseinrichtungen und Soldatinnen und Soldaten genutzt werden können. Diese Art der Kooperation spart nicht nur Geld, sondern ist unterm Strich zudem effektiver als die Erhöhung der Wehretats der Nationalstaaten.

Die Europäische Kommission schlägt zusätzlich einen „Europäischen Verteidigungsfonds" in Höhe von 500Mio. € vor, aus dem unter anderem künftig gemeinsame Forschungsprojekte finanziert werden sollen. Auch dies sollte durch neue, zusätzliche Haushaltsmittel finanziert werden. Wir befürworten, diese militärischen Forschungsgelder aus Gründen der Transparenz von der Finanzierung ziviler Forschung zu trennen. Die Europäische Verteidigungsagentur soll eine stärkere Rolle spielen und die im Vertrag von Lissabon gegebenen Möglichkeiten realisiert werden, beispielsweise mit der sogenannten *Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit.* Dieser Mechanismus erlaubt es einer Gruppe von Mitgliedsländern, etwa bei der Verteidigung, intensiver zu kooperieren. Auf diese Weise können einzelne Mitgliedsstaaten, je nach Bedarf, noch enger zusammenarbeiten als es die europäischen Verträge vorsehen.

Das Thema der inneren Sicherheit und Terrorismusbekämpfung auf europäischer Ebene findet sich unter anderem auch in dem SPD Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2017: Wir möchten die Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raums verstärken und das Grenzkontrollsystem der Schengen-Mitgliedsstaaten effektiv umsetzen. Das europäische Polizeiamt (Europol) und die europäische Grenzschutzagentur (Frontex) wollen wir stärker bei der Terrorismusbekämpfung einbeziehen. Das bedeutet, dass wir die Vernetzung der Sicherheitsbehörden auf allen Ebenen anstreben. Dafür möchten wir nach dem Vorbild des Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrums in Deutschland ein Anti-Terrorzentrum auf europäischer Ebene, in dem ein Austausch aller Sicherheitsbehörden stattfindet, etablieren. Zudem mochten wir mit der Initiative zum Aufbau einer europäischen Staatsanwaltschaft dafür sorgen, dass in der EU künftig Straftaten über Staatsgrenzen hinweg effektiver verfolgt werden können.

Solidarisches Europa

Ein ganz wesentlicher Punkt für die Zukunft Europas ist die Stärkung der europäischen Identität. Hier liegt der Schlüssel, Konkurrenz zwischen den Mitgliedsstaaten abzubauen und die Solidarität zwischen den Staaten und unter den Menschen in der EU zu stärken. Die, auch in Deutschland verbreitete Einstellung, dass es einem Staat gut geht, wenn es anderen Staaten in Europa weniger gut geht und der Plan, auf diese Art nationaler Erfolg langfristig zu erreichen ist ein völlig falscher Ansatz und eine Gefahr für die europäische Zukunft.

Langfristig wird die größte Herausforderung daher darin liegen, ein europäisches Selbstbewusstsein zu etablieren und damit europäischen Zusammenhalt und eine europäische Identität zu stärken.

Europa hat sich in den letzten Jahren emanzipiert. In den 1990er-Jahren wäre man kaum auf die Idee einer gemeinsamen Verteidigungspolitik oder sozialpolitischen Kooperationen gekommen. Die EU ist weiter zusammengewachsen und hat an Bedeutung gewonnen. Unser Anspruch muss sein, berechtigte Kritik anzunehmen und Europapolitik für die Menschen greifbarer zu machen. Langfristig werden wir für weitreichende Reformen nicht um eine Neugestaltung der europäischen Verträge umherkommen: Konkret würde uns eine Reform der politischen Kompetenzverteilungen zwischen Nationalstaaten und EU unsere Arbeit erleichtern, um Erwartungen Bürgerinnen und Bürger zu erfüllen. Gemäß dem Subsidiaritätsprinzip wird die EU als größte gesellschaftliche und interstaatliche Instanz dann aktiv, wenn Staat oder Region dazu nicht effizient in der Lage ist. Teil des Prinzips ist im Umkehrschluss aber auch, dass in einer europäischen Währungsunion und im europäischen Schengen-Raum mit den gemeinsamen Außengrenzen, die Finanz-, sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik maßgeblich in den Kompetenzbereich der EU fallen müssen. Da, wo es sinnvoll ist, ist eine Kompetenzverteilung in Richtung Europa wichtig, um gemeinsame Politik zu gestalten und Herausforderungen wie Wirtschaftskrisen und Flüchtlingsbewegungen in Zukunft solidarisch gemeinsam zu meistern. Darüber hinaus sollte eine stärkere europäische Integration der Wirtschaftspolitik angestrebt werden. So können wir für mehr Miteinander und Solidarität sorgen und im Endeffekt gute Politik für die Menschen in ganz Europa gewährleisten.

Unsere Verantwortung hört nicht an den Außengrenzen der EU-Mitgliedsstaaten auf. Entwicklungshilfe Asyl- und Migrationspolitik werden in Zukunft wie heute zentrale Aufgabengebiete sein. Sie dürfen jedoch nicht durch Kürzungen im jeweils anderen Sektor finanziert werden. Entwicklungsgelder dürfen nicht zur Bekämpfung von Schmugglern, zur Versorgung der Migranten in Europa oder zur Verstärkung der Grenzkontrollen in Drittstaaten genutzt werden. Außerdem muss Entwicklungshilfe unabhängig von Kooperation in Migrationsfragen oder Rücknahmeabkommen geleistet werden.

Um künftigen Herausforderung von Flüchtlingsbewegungen gewachsen zu sein, brauchen wir ein verpflichtendes europäisches Programm zur Aufnahme von geflüchteten Menschen. Die Mitgliedstaaten der Europäischen Union sollten darüber hinaus Möglichkeiten einer humanitären Visa-Politik, der Familienzusammenführung, der Patenschaften und der weiteren legalen Wege nach Europa prüfen. Nur ein sicherer Zugang nach Europa beschneidet das Geschäft krimineller Schleuser.

Wo Menschen eine bessere Perspektive suchen, müssen sie über die rechtlichen Grundlagen für die Migration nach Europa informiert werden. Dazu müssen wir auf mit einer einheitlichen, europäischen Asyl- und Migrationspolitik eine faire und geordnete Basis schaffen.

In der letzten Frage beziehen Sie sich auf das Image der EU, beispielsweise auf den Vorwurf des Demokratiedefizits und der bürokratischen Strukturen.

Vorweggenommen: Wir glauben, dass es auch institutioneller Reformen bedarf, um die EU in Zukunft handlungsfähiger zu gestalten. Allerdings gibt es unserer Ansicht nach in einigen Bereichen auch einen Unterschied zwischen öffentlicher Wahrnehmung und Realität. Ein Bürokratieabbau und mehr Transparenz sind schnell gefordert. Konkrete

Änderungsvorschläge gibt es allerdings selten. Die Verwaltung der EU ist im Vergleich zu den allermeisten Nationalstaaten sogar ausgesprochen schlank. Außerdem sind nahezu alle Debatten im europäischen Parlament öffentlich im Internet einsehbar. Wir Abgeordnete versuchen natürlich trotzdem, das politische Geschehen für alle Menschen nachvollziehbar zu gestalten.

Als politische Vertreterinnen und Vertreter nehmen wir, neben unserer politisch-inhaltlichen Arbeit, an vielen Veranstaltungen teil. In Gesprächen mit Schülerinnen und Schülern, Verbänden, Vereinen, Unternehmen und Organisationen versuchen wir stets politische und gesellschaftliche Positionen zu vermitteln und möglichst vielen Menschen unsere Arbeit näher zu bringen. Außerdem nehmen wir uns mehrmals im Jahr die Zeit, Besuchergruppen zu empfangen und mit ihnen über unsere Arbeit zu sprechen. Damit möchten wir viele Menschen mitnehmen und die politische Arbeit auf den verschiedenen Ebenen greifbarer zu machen.

Auch innerhalb der Institutionen setzen wir uns dafür ein, die Politik möglichst transparent zu gestalten. Einige aktuelle Neuerungen, die im Dezember letzten Jahres bereits beschlossen wurden, betreffen die Zugangsbestimmungen für Lobbyistinnen und Lobbyisten und damit die Transparenz der Europapolitik. Im vergangenen Jahr hatten sich einige Unternehmen zunächst geweigert, bei einer Anhörung vor dem Ermittlungsausschuss gegen Steuervermeidung aufzutreten. Als Konsequenz wurden bei uns die Zugangsregeln für Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter verschärft: Das Parlament kann Lobbyisten die Zugangsausweise entziehen, wenn sie sich nicht an die Verhaltensregeln halten oder deren Unternehmen gar Einladungen zu Anhörungen des Hauses verweigern. Weiterhin dürfen Abgeordnete in Zukunft keiner bezahlten Lobby-Tätigkeit mehr nachgehen. Die öffentliche Erklärung ihrer finanziellen Interessen müssen die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nun regelmäßig aktualisieren. All diese Punkte begrüßen wir ausdrücklich. Es muss Klarheit darüber herrschen, wer in Brüssel in wessen Auftrag arbeitet.

Eine weitere Forderung der SPD-Europaabgeordneten ist, dem Europäischen Parlament das Initiativrecht einzuräumen. Gesetzesinitiativen werden derzeit ausschließlich von der Europäischen Kommission eingebracht. Das Parlament und der Rat können als Ko-Gesetzgeber über diese Gesetzesinitiativen der Kommission entscheiden und im politischen Prozess Änderungen durchführen. Die politischen Mehrheitsverhältnisse der Europawahlen spiegeln sich allerdings im Parlament wider. Die Kommission ist über Nationalstaaten demokratisch legitimiert, aber nicht direkt mit einem Mandat für die Europapolitik ausgestattet. Insbesondere die Kommission, deren Kommissare als Lenker nicht transparent gewählt werden, ist damit als wichtige Institution mit dem Vorwurf des Demokratiedefizits angreifbar. Da das Parlament zwar der gesamten Kommission, nicht aber einzelnen Kommissaren das Misstrauen aussprechen kann ist eine konstruktive Kontrollfunktion ebenfalls limitiert. Wenn die Menschen in der EU in einem demokratischen Prozess die Zukunft Europas mitgestalten sollen, müssen sie das auch direkt in Europawahlen tun können. Dabei müssen diese Wahlen auch richtungsweisenden Einfluss auf die Zukunft Europas haben. So wichtig nationalstaatliche Parlamentswahlen innerhalb der EU sind und so wichtig die Politikfelder sind, die sie abdecken, so sehr treten europapolitische Positionen allzu oft in den Hintergrund. Als überzeugte Demokratinnen und Demokraten müssen wir diese Reform des Initiativrechts in der Europapolitik in Angriff nehmen.

Wir hoffen, dass wir Ihnen einen Einblick in unsere politische Arbeit und unsere Positionen geben konnten. Wenn Sie weitere Fragen haben, melden Sie sich jederzeit gerne bei uns. Wir danken Ihnen für Ihr ehrenamtliches Engagement und hoffen, dass Sie weiterhin viele Menschen von der europäischen Idee und von Ihren Positionen überzeugen können.

Mit freundlichen Grüßen aus Düsseldorf, Berlin und Brüssel

Jens Geier (MdEP)

Dirk Heidenblut (MdB)

Arno Klare (MdB)

Britta Altenkamp (MdL)

Thomas Kutschaty (MdL)

Frank Müller (MdL)